
Einführung

Die tiefgreifenden Veränderungen im Verhältnis zwischen den politisch-ideologischen Machtblöcken in Ost und West haben seit Beginn dieses Jahrzehnts einen in der Geschichte nie dagewesenen Abrüstungsprozeß in Gang gesetzt. Mit der Reduzierung militärischer Potentiale, dem Abzug der Streitkräfte und der Freigabe ehemals militärisch genutzter Liegenschaften für eine zivile Verwendung hat auch ein Fachterminus Einzug in das allgemeine Sprachverständnis gehalten, der bis dahin in erster Linie im Bereich der wissenschaftlichen Friedensforschung und in der Friedensbewegung ein Begriff war: **Konversion**.

Der ursprünglich in der christlichen Theologie geprägte Begriff Konversion meint den Übertritt von einer nicht-christlichen zur christlichen Religion, wobei ein prinzipieller Wandel des Konversionsobjektes eintritt, und es eine Steigerung seiner Qualität erfährt. Auf Grundlage dieser Begriffsbestimmung definiert *Bielefeldt* die Konversion im Zusammenhang mit der Demilitarisierung als einen Umwandlungsprozeß, in dessen Rahmen militärisch genutzte Anlagen und Produktionsgüter auf eine zivile Nutzung bzw. die Produktion ziviler Güter umgestellt werden.¹ *Wellmann* geht in seiner Beschreibung von Konversion noch weiter. Er definiert sie als Entwicklung, Durchsetzung und Anwendung aller Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, einen Übergang zu nicht-militärischen Formen der Sicherheitspolitik bestmöglich zu unterstützen, indem als negativ erachtete Nebenwirkungen des Abbaus von Militär und Rüstung minimiert werden und die Nutzung abrüstungsbedingt verfügbarer Ressourcen für als positiv bewertete Ziele maximiert werden.²

Grundsätzlich ist der Begriff Konversion also eher positiv belegt. Er beinhaltet Veränderung und reflektiert auch den Beginn von Prozessen, die zahlreiche Chancen und Potentiale enthalten. „In diesem Sinn ist Konversion Impuls und Katalysator neuer Entwicklungen, eröffnet Perspektiven für Städte und den ländlichen Raum gleichermaßen.“³

Die Realität stellt sich demgegenüber aber nicht uneingeschränkt so dar, wie es die theoretische Definition besagt. Sieben Jahre nach Beginn der Abrüstungsphase verbinden die Menschen in den vom Truppenabbau betroffenen Regionen mit dem Begriff einerseits Erleichterung und die berechtigte Hoffnung, daß ein Krieg mit weniger werdenden Soldaten in Ost und West immer un-

wahrscheinlicher wird. Andererseits verbindet sich mit Konversion aber oftmals auch Besorgnis über die negativen sozio-ökonomischen Folgen, die Abrüstung scheinbar unweigerlich mit sich bringt. Insbesondere die ländlich geprägten und ansonsten eher strukturschwachen Regionen - dort wo die Schwerpunkte der militärischen Präsenz während der Jahrzehnte des Kalten Krieges lagen - haben in den letzten Jahren diese negativen Effekte der Konversion zu spüren bekommen.

Andererseits gibt es aber auch Regionen, die sich trotz objektiv ungünstiger Voraussetzungen der Herausforderung des Wandels von einer durch das Militär geprägten Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur zu einer zivilen Struktur stellen und dabei erfolgreich sind. Was unterscheidet nun die Konversionsregionen und -kommunen, die Probleme mit dem Konversionsprozeß haben, von denjenigen, welche die Freigabe ehemals militärisch genutzter Liegenschaften als Chance für die wirtschaftsstrukturelle Restauration oder die Stadtentwicklung nutzen konnten? Oft sind es günstige Rahmenbedingungen, wie herausragende Standortfaktoren, die beispielsweise eine überproportional hohe Flächennachfrage seitens der gewerblichen Wirtschaft implizieren. Doch das ist nicht immer der Fall.

Der bisherige Verlauf des Standortkonversionsprozesses zeigt, daß dem kommunalen Projektmanagement eine entscheidende Bedeutung zukommt. Mit der Konversion sind tiefgreifende Veränderungen verbunden. Veränderungen sind keine geradlinigen Bewegungsabläufe auf ein vorher festgelegtes Ziel hin. Sie bedürfen einer stringenten Steuerung, damit sich die zweifellos positiven Potentialwirkungen der Konversion entfalten können. Die Erfahrung zeigt, daß oftmals die im Rahmen des kommunalen Planungsinstrumentariums eingeübten Handlungs- und Planungsmuster nicht ausreichen, um die Aufgabe der zivilen Umnutzung ehemaliger Militärflächen in befriedigendem Maße in den Griff zu bekommen. Gefragt sind deshalb neue Ideen, gezielte Strategien und innovative Managementmethoden auch und gerade auf der kommunalen Ebene.

Angesichts des Ausmaßes von Truppenabbau und Flächenfreigaben in Nordrhein-Westfalen ist die Landesregierung in den letzten Jahren in vielfältiger Weise aktiv geworden, um den betroffenen Kommunen sowohl monetäre Hilfen als auch Beratungs- und Managementhilfen zukommen zu lassen. Bereits 1992/1993 faßte die Landesregierung den Entschluß, die vorhandenen, bislang für den wirtschaftlichen Strukturwandel in NRW zur Verfügung stehenden Förderprogramme auch für die von der Konversion betroffenen Regionen zu öffnen. Im Teil 1 dieses Handbuchs wurde

bereits das breite Spektrum der Finanzierungshilfen des Landes und der Europäischen Union, aber auch des Bundes vorgestellt.

Zwischen 1990 und 1996 hat Nordrhein-Westfalen zur Bewältigung des Konversionsprozesses rund 462 Millionen DM bereitgestellt. Der größte Anteil - rund 158 Millionen DM - wurde dabei für wirtschaftspolitische Aktivitäten eingesetzt. 140 Millionen DM wurden für die Förderung des Wohnungsbaus, rund 79 Millionen DM für die Nutzung ehemaliger Militärareale für Hochschulzwecke, 34 Millionen DM für städtebauliche Untersuchungen und Rahmenplanungen, 25 Millionen DM für die arbeitsmarktpolitisch so bedeutsamen Qualifizierungsmaßnahmen sowie rund 7 Millionen DM für Gefährdungsabschätzungen und Sanierungsuntersuchungen bereitgestellt. Darüber hinaus wurden rund 19 Millionen DM zur Unterstützung von in besonderem Maße durch den Truppenabbau betroffenen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes eingesetzt. Anhand dieser Zahlen wird deutlich: Die monetäre Förderung nimmt einen bedeutenden Stellenwert bei der landesseitigen Unterstützung der von der Konversion betroffenen Regionen ein.

Doch nicht alle Problemstellungen im Zusammenhang mit der Standortkonversion können mit rein monetären Hilfen gelöst werden. Oftmals sind es vielmehr erhebliche Koordinations- und Managementprobleme, die einer zügigen Umnutzung ehemals militärischer Liegenschaften und damit vor allem der Schaffung neuer Arbeitsplätze entgegenstehen. Aus diesem Grund hat die nordrhein-westfälische Landesregierung den Aufbau eines differenzierten Beratungs- und Kommunikationsnetzwerkes auf Landesebene initiiert.

Ein wichtiger Bestandteil dieses Netzwerkes ist die Interministerielle Arbeitsgruppe Truppenabbau (IMA), an der alle in den Konversionsprozeß involvierten Fachministerien des Landes, die Konversionsbeauftragten der Bezirksregierungen und das BICC beteiligt sind. Die Konversionsbeauftragten bei den Bezirksregierungen sind inzwischen zu einer wichtigen Instanz bei der Lösung kommunaler Problemstellungen im Zusammenhang mit der Umnutzung ehemaliger Militärareale geworden. Ihnen kommt die Aufgabe zu, beispielsweise planungsrechtliche Fragestellungen, Aspekte der Wirtschaftsförderung und die Vergabe von Fördermitteln zu koordinieren und zu bündeln.

Das Internationale Konversionszentrum in Bonn (BICC) ist ein weiterer Baustein im Beratungs- und Kommunikationsnetzwerk Nordrhein-Westfalens. Im Rahmen des am BICC angesiedelten Beratungs- und Dienstleistungsprojektes für NRW-Kommunen in der KONVER-Fördergebietenkulisse wird eine praxisorientierte Hilfestellung bei der Bewältigung akuter Probleme im Zusammenhang mit der Konversion angeboten.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Dienstleistung stellt dieses „*Handbuch für Kommunen*“ dar, das als konkrete Arbeitshilfe für die Akteure vor Ort konzipiert ist. Der erste Teil des Handbuchs stellt einen Wegweiser zu den vielfältigen *Finanzierungshilfen* im Rahmen des Konversionsprozesses dar. Im turnusmäßig erscheinenden Newsletter „*Konversion Aktuell - Nachrichten für Kommunen*“ werden Neuigkeiten und journalistisch aufbereitete Informationen zur Konversion in Nordrhein-Westfalen und aus anderen Bundesländern publiziert. Viele der dargestellten Strategien und innovativen Ansätze zur Bewältigung des Konversionsprozesses sind durchaus übertragbar. Das „Abkupfern“ von guten Ideen ist in diesem Fall durchaus gewollt - ja sogar ausdrücklich erwünscht. Der gleiche Gedanke steht auch hinter dem jetzt vorliegenden dritten Teil des Handbuchs, der „*Dokumentation beispielhafter Konversionsstrategien*“.

¹ Vgl. Bielefeldt, C.: Mikroökonomische Konversion und makroökonomische Bedingungen. In: Köllner L. und B. J. Huck (Hrsg.): Abrüstung und Konversion - politische Voraussetzungen und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik. München 1990, S. 271.

² Vgl. Wellmann, C.: Abrüstung und Beschäftigung - Ein Zielkonflikt. Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Frankfurt 1989, S.12.

³ Vgl. o.V.: Konversion - Impuls für neue Planungsstrategien und Durchführungsmodelle: Resümee der Referenten und Diskussionsbeiträge. In: Forum Konversion und Stadtentwicklung (Hrsg.) KONV & STE Arbeitsmaterialien 01: Resümee der Projektentwicklertagung Konversion - Impuls für neue Planungsstrategien und Durchführungsmodelle vom 06.-08. März 1996 in Trier, Koblenz, Juni 1996, S.5.